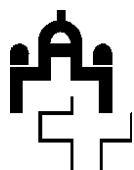


Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



19.313 s Kt. Iv. GE. Referendum über das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur

Bericht der Aussenpolitischen Kommission vom 18. Januar 2021

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) hat an ihrer Sitzung vom 18. Januar 2021 die vom Kanton Genf am 17. September 2019 eingereichte Standesinitiative gemäss Artikel 116 ParlG vorgeprüft.

Mit der Standesinitiative wird verlangt, dass die Durchführung eines fakultativen Referendums über das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur zugelassen wird.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 15 zu 9 Stimmen, der Standesinitiative keine Folge zu geben.

Eine Minderheit (*Crottaz*, Arslan, Badertscher, Badran, De la Reussille, Friedl, Molina, Nussbaumer, Walder) beantragt, der Standesinitiative Folge zu geben.

Berichterstattung: Schneider-Schneiter

Im Namen der Kommission
Die Präsidentin:

Tiana Angelina Moser

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stand der Vorprüfung
- 3 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, die Durchführung eines fakultativen Referendums über das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur zuzulassen.

1.2 Begründung

Der Grosse Rat reicht diese Initiative vor dem Hintergrund ein, dass:

- am 24. August 2019 in Buenos Aires die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und den Mercosur-Staaten erfolgreich abgeschlossen wurden;
- dieses Freihandelsabkommen nur sehr schwache Kontroll- und Sanktionsmechanismen enthält für den Fall, dass die Vertragsstaaten ihre sozial- und umweltpolitischen Verpflichtungen verletzen;
- dieses Freihandelsabkommen keine ausreichenden Garantien für den Schutz der lokalen Landwirtschaft und für die Bekämpfung der Abholzungen enthält, was insbesondere die Bauern- und Umweltverbände kritisieren;
- die gegenwärtigen verheerenden Waldbrände im Amazonasgebiet unter anderem die Folge der massiven, von der aktuellen brasilianischen Regierung unterstützten Waldrodungen sind.

2 Stand der Vorprüfung

Die APK-S hat die Standesinitiative an ihren Sitzungen vom 13. Januar und vom 10. Februar 2020 vorgeprüft. Die APK-S beantragte ihrem Rat mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung der Initiative keine Folge zu geben. Der Ständerat hat der Initiative am 10. März 2020 keine Folge gegeben.

3 Erwägungen der Kommission

Die Kommissionsmehrheit erachtet die Referendumsmöglichkeit bei Freihandelsabkommen als wichtig und richtig. Dies zeigt die Diskussion, welche mit der Bevölkerung über das Freihandelsabkommen mit Indonesien geführt werden kann. Die Unterstellung von Freihandelsabkommen unter das fakultative Referendum entspricht der neuen Praxis in Bezug auf Standardabkommen, welche der Bundesrat im August 2019 öffentlich kommuniziert hat (Medienmitteilung: «[Bundesrat verzichtet auf vereinfachte Genehmigung von Freihandelsabkommen](#)»). Angesichts dieser neuen bundesrätlichen Praxis sieht die Kommissionsmehrheit das Anliegen dieser Standesinitiative daher bereits als erfüllt an. Die Kommissionsminderheit unterstützt das Begehren des Kantons Genf, mittels der Referendumsmöglichkeit eine öffentliche Diskussion über grundlegende wirtschaftspolitische und ökologische Fragen zu führen.